



»Erneuerung« nur mit klarem friedenspolitischem Profil!

An den Unterbezirksparteitag wird folgender Antrag gerichtet:

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

1 An den Landesparteitag wird folgender Antrag gerichtet:

2 **»Erneuerung« nur mit klarem friedenspolitischem Profil!**

3 Die SPD hat in ihrem Hamburger Programm bekräftigt, eine »Friedenskraft in Deutschland
4 und Europa« zu sein. Weiter heißt es dort:

5 »Wir knüpfen an die erfolgreiche Entspannungspolitik Willy Brandts in Europa an, für die
6 das Konzept gemeinsamer Sicherheit, vertrauensbildende Schritte und wirtschaftliche
7 wie zivile Zusammenarbeit wichtige Elemente waren. Wir plädieren für eine neue Ent-
8 spannungspolitik, die Verständigung ermöglicht, Aufrüstung vermeidet und die friedliche
9 Lösung von Konflikten ermöglicht.«

10 Mit Blick auf internationale Konflikte wird zudem ein »umfassender Sicherheitsbegriff«
11 betont: »Sicherheit für alle Menschen setzt Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit, Demokra-
12 tie, soziale, wirtschaftliche, kulturelle und nachhaltige Entwicklung voraus.« Wir fordern,
13 dass sich die SPD in ihrer Politik wieder deutlich von diesen Handlungsmaximen leiten
14 lässt:

15 ○ Das Ziel der Nato, die nationalen Militärausgaben bis 2024 auf mindestens zwei Pro-
16 zent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern, muss ausdrücklich und eindeutig abge-
17 lehnt werden. Die Modernisierung der Bundeswehrrüstung darf sich mittelfristig
18 nur im Rahmen der allgemeinen Haushaltssteigerung bewegen.

19 ○ Im Rahmen der verstärkten europäischen Militär- und Rüstungszusammenarbeit
20 (PESCO) darf keine verstärkte Aufrüstung des europäischen NATO-Pfeilers betrieben
21 oder gar unter der Hand das Ziel einer eigenständigen militärischen Großmacht neben
22 den USA, Russland und China verfolgt werden!

23 ○ Die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss eindeutig im Sinne
24 einer »Friedensmacht Europa« gestärkt werden. Sie muss dem Prinzip eines Vorrangs
25 des Politischen vor dem Militärischen folgen und auf Friedenssicherung, Entspannung
26 und zivile Krisenprävention ausgerichtet sein.

27 ○ Die SPD muss die Initiative »Abrüsten statt Aufrüsten« unterstützen, die jüngst von
28 Gewerkschaftlerinnen, Gewerkschaftlern und Friedensbewegung, Künstlerinnen und
29 Künstlern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ins Leben gerufen wurde.

- 30 ○ Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsvertrag
31 unterzeichnet!
- 32 ○ Die Bremer SPD setzt ein Zeichen,
33 • indem der Landesvorstand die Abrüstungsinitiative »Abrüsten statt Aufrüsten« für
34 die Bremer SPD unterzeichnet,
35 • indem ihre Bundestagsabgeordneten die »ICAN« Erklärung für Abgeordnete un-
36 terzeichnen, und
37 • indem der Landesvorstand die Initiative für ein Bündnis ergreift, das wieder jähr-
38 lich einen Bremer Appell zum Weltfriedenstag am 1. September veröffentlicht.

Begründung:

Die Vertreter der NATO Staaten haben im September 2014 ihren Willen erklärt, den Anteil des Verteidigungshaushalts innerhalb der kommenden zehn Jahre auf 2 Prozent des BIP zu erhöhen und dabei den Anteil der rüstungstechnischen Beschaffungen und Investitionen auf 20 Prozent zu steigern.

Der amerikanische Präsident Donald Trump hat dieses Vorhaben im vergangenen Jahr in Erinnerung gerufen und erneut eingefordert. Gegenwärtig liegt der Anteil der deutschen Militärausgaben am BIP bei rund 1,2 Prozent des BIP. Eine schrittweise Aufstockung auf 2 Prozent entspricht rund 25 bis 35 Mrd. Euro, die dem Bundeshaushalt in der nächsten Dekade Jahr für Jahr für soziale Reformen, Bildung und die kommunalen Infrastrukturen fehlen würden.

CDU/CSU und Teile der AfD unterstützen diesen Aufrüstungskurs ausdrücklich; auch die Grünen und die FDP haben in den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen signalisiert, dass »Deutschland seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen müsse« – ohne sich allerdings auf die konkrete Zahl von 2 Prozent festzulegen.

Die SPD hat demgegenüber in ihrem Wahlprogramm erklärt, dass es »eine apodiktische Festlegung auf einen Anteil der jährlichen Ausgaben für die Bundeswehr auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts« mit der SPD nicht geben werde. In der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2018 – 2021 hat sie in der alten Legislaturperiode jedoch einer Steigerung der Militärausgaben zugestimmt, die mit gut 14 Prozent deutlich über dem geplanten Wachstum des Bundeshaushaltes von 8,5 Prozent insgesamt liegen würde.

Diese überproportionale Steigerung war auch Bestandteil der Sondierungsergebnisse im Januar. Das ist missverständlich, wenn nicht sogar widersprüchlich; die Ablehnung des Zwei-Prozent-Ziels sollte vielmehr bekräftigt werden. Zudem sollte gleichzeitig klar gestellt werden, wie es die SPD mit Steigerungen der Militärausgaben unterhalb der Zielmarke der NATO halten will. Konkret sollte das bedeuten: Die Modernisierung der Bundeswehr muss sich im Rahmen und in der Größenordnung der allgemeinen Steigerung der Haushaltsausgaben bewegen.

Die SPD hat zwischenzeitlich auch die Vereinbarung einer »Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit« der EU-Mitgliedsstaaten im Bereich der Streitkräfte und bei gemeinsamen Rüstungsprojekten (PESCO) zustimmend mitgetragen. Dieses Projekt ist innerhalb der SPD bislang nicht ansatzweise diskutiert worden. Grundsätzlich besteht jedoch die Gefahr, dass

in dieser strukturierten Zusammenarbeit nicht nur ineffiziente Planungs- und Beschaffungsstrukturen abgebaut werden. Eine Stärkung der »eigenen militärischen Fähigkeiten« der EU kann sich auch in die von den USA geforderte Stärkung des »EU-Pfeilers« einpassen oder sogar der Deckmantel für Ambitionen werden, längerfristig mit den anderen militärischen Großmächten gleichzuziehen. Die SPD muss deshalb klarstellen, dass sie derartige Interpretationen von PESCO nicht mitträgt und sie eindeutig das Konzept einer zivilen Friedensmacht Europa verfolgt.

Mit einem dringenden Aufruf hat sich am 6. November 2017 ein ungewöhnlich breites Bündnis mit dem Aufruf »Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde« an die Öffentlichkeit und die Bundesregierung gewandt. Zu diesem Bündnis zählen Vorstände von vier Gewerkschaften, Vertreterinnen und Vertreter der Friedensbewegung, der Künste, der Wissenschaft und der Kirchen sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Die SPD sollte dieses Bündnis ausdrücklich unterstützen.

Im Juli 2017 wurde ein Atomwaffenverbotsvertrag von 122 Staaten ausgehandelt; 53 Staaten haben inzwischen unterschrieben, drei Staaten haben ihn ratifiziert. Die Bremische Bürgerschaft hat diesen Prozess auf Antrag der SPD, der Grünen und der Linken am 7. Dezember 2017 unterstützt und den Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages einzusetzen. Auch die Europaabgeordneten der SPD haben sich für den Verbotantrag eingesetzt. Trotzdem hat die Bundesregierung die Verhandlungen zum Verbotantrag boykottiert, obwohl sich Deutschland bereits im Atomwaffensperrvertrag verpflichtet hat, niemals Atomwaffen herzustellen oder von anderen Staaten in Besitz zu nehmen. Die SPD muss ihr eigenes Profil schärfen und zur Unterzeichnung aufrufen, wenn sie nicht äußerst unglaubwürdig erscheinen will.

Last but not least sollte die Bremer SPD ihr friedenspolitisches Profil wieder schärfen. Neben der Unterstützung der Initiative »abrüsten statt aufrüsten« und der Kampagne für ein Atomwaffenverbot sollte sich die SPD wieder kontinuierlich darum bemühen, ein friedenspolitisches Bündnis in Bremen für den Antikriegstag zu organisieren.

Wir erinnern an Willy Brandts Worte: »Der Frieden ist nicht alles. Aber ohne den Frieden ist alles nichts.«

Anhang 1

Aufruf »abrüsten statt aufrüsten«

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her. Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden. Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde“

Siehe auch: <https://abruesten.jetzt/>

Anhang 2

Text der Erklärung um Atomwaffenverbotsantrag

Wir, die unterzeichnenden Abgeordneten,

begrüßen die Annahme des Vertrags für ein Verbot von Atomwaffen am 7. Juli 2017 in den Vereinten Nationen ausdrücklich als einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung einer atomwaffenfreien Welt.

Wir teilen die in der Präambel ausgedrückte, tiefe Sorge über die katastrophalen humanitären Auswirkungen jeglichen Gebrauchs von Atomwaffen und erkennen die dringende Notwendigkeit an, diese unmenschlichen und abscheulichen Waffen abzuschaffen.

Als Abgeordnete geloben wir, auf die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses bahnbrechenden Vertrages durch unsere jeweiligen Staaten hinzuwirken, da wir die Abschaffung von Atomwaffen als hohes, globales öffentliches Gut begreifen und als einen wesentlichen Schritt zur Förderung der Sicherheit und des Wohls aller Völker.